

## Sozialistisches Programm zur Rettung von Ersparnissen, Arbeitsplätzen und Einkommen

# Alle Banken verstaatlichen – Kapitalismus abschaffen

*Wer ein Problem lösen will, muss dessen Ursache erkennen und dann beseitigen. Wir erleben gerade nicht nur die Krise der Finanzmärkte sondern der kapitalistischen Wirtschaft als Ganzes.*

Wenn wir es den KapitalistInnen und ihren Wasserträgern wie Faymann, Pröll oder auch der extremen Rechten um Strache überlassen, dann wird ihre 'Lösung' der Krise zur größten Umverteilung in der Geschichte führen. Dann werden die Beschäftigten und Erwerbslosen einen furchtbaren Preis für diese 'Lösung' zahlen müssen. Die 'Lösung' wird nicht nur die Umverteilung von unten nach oben verschärfen, sie bereitet auch die nächste Krise vor. Die ArbeiterInnenbewegung muss dem ihr eigenes Programm zur Lösung der Krise entgegensetzen.

Wir kämpfen für den Erhalt der Spareinlagen der NormalbürgerInnen und für die Arbeitsplätze der Beschäftigten im Finanzsektor. Die sogenannten Rettungspakete der Regierung lehnen wir aber ab. Warum? Weil damit nur die Vermögen der Reichen gerettet werden – auf Kosten aller anderen. 100 Milliarden Euro will die Regierung zur Absicherung des heimischen Finanzsektors locker machen. Das entspricht 35% des Österreichischen Bruttoinlandsproduktes. Aber woher kommt dieses Geld?

Der Staat muss es sich leihen, weil er ja schon vor der Krise verschuldet war. Von wem leiht er sich die Milliarden? Von denen, die viel Geld haben. Und das sind die sogenannten institutionellen Anleger, also von Banken, Versicherungen, Investmentgesellschaften und Konzernen mit überschüssigem Kapital. Für das geliehene Geld zahlt der Staat Zinsen an die Anleger, jahrelang.

Es gibt zwar eine Bankenkrise, aber das heißt nicht, dass die MillionärInnen und MilliardärInnen, die die Banken besitzen oder über hohe Einlagen verfügen, pleite wären. Sie sind nach wie vor reich, besitzen riesige Vermögen, Villen, Luxusjachten und Privatjets. Und ausgerechnet dieser Personenkreis wird die Zinsen kassieren für das Geld, das sie dem Staat leihen, damit er die Banken 'rettet'. Die Tatsache, dass in Österreich die Einlagensicherung keine Deckelung nach oben hat, zeigt, dass wieder einmal die Vermögen der Reichen wichtiger sind als jene der kleinen SparerInnen. Um das Geld herbeizuschaffen, um die Zinsen an die vielen Kreditgeber bezahlen, bleiben dem

Staat nur zwei Wege: Ausgaben kürzen und/oder (Steuer-)Einnahmen erhöhen. Wo der Staat spart und welche Steuern er erhöht, haben wir in den vergangenen Jahren erlebt – Kürzungen und Steuererhöhungen zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung. So schließt sich der Umverteilungskreis. Was als Rettungsweg ohne Alternative präsentiert wird, ist in Wahrheit nur die Rettung der Besitztümer und Profite der Reichen und Vermehrung desselben durch die Zinsen.

Dabei geht es um gigantische Summen, das heißt es ist eine riesige Umverteilung zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung. Wenn schamlose Bereicherung einer gierigen Minderheit am Beginn der Krise stand, so ist schamlose Bereicherung dieser Minderheit jetzt das Ergebnis der Krise – zu Lasten der Allgemeinheit.

Die Maßnahmen, die gerade von den Regierenden ergriffen werden, werden darüberhinaus zu noch dramatischeren Krisen in der Zukunft führen. Die nationalen und internationalen Krisenlösungen der letzten Jahrzehnte, mit Zinssenkungen und Steuererleichterungen für die Reichen, mit Sozialabbau um viel Geld in die Wirtschaft zu pumpen während gleichzeitig die Reallohne gesunken sind waren die Grundlage für Immobilienblase und explodierende Spekulationsgeschäfte.

Der einzige Ausweg aus der Bankenkrise, der nicht zu Lasten der Beschäftigten und Erwerbslosen geht, führt über die Verstaatlichung der Banken und zwar aller Banken. Das ist auch die Voraussetzung für

eine wirksame Kontrolle, denn kontrollieren kann man nur, was einem gehört.

### **Offenlegung der Geschäftsbücher aller in die Finanzkrise verwickelten Banken und Konzerne**

Die Öffentlichkeit muss erfahren, wohin die Gewinne der letzten Jahre geflossen sind, wer für welche Spekulationsgeschäfte verantwortlich ist, welche Verluste wirklich entstanden sind etc. Offenlegung aller bisher getroffenen Regelungen. Die Allgemeinheit muss wissen, wohin die Zuschüsse fließen sollen.

### **Offenlegung der Konten und Vermögensverhältnisse aller EigentümerInnen, GroßaktionärInnen, Vorstände, leitenden ManagerInnen der in die Finanzkrise verwickelten Banken und Konzerne**

Bevor auch nur ein Euro staatlichen Geldes gezahlt wird: Konfiszierung der Privatvermögen der Verantwortlichen, also der Aufsichtsräte, Vorstände, leitenden ManagerInnen und Verwendung dieses Vermögens zur Sanierung der Banken.

### **Verstaatlichung aller Banken**

Wir haben es nicht mit dem Versagen einzelner BankmanagerInnen oder einzelner Banken zu tun, sondern das kapitalistische Bankensystem als solches hat versagt. Da das Wohl der gesamten Gesellschaft auf dem Spiel steht, wie alle zugeben, müssen alle Banken dauerhaft verstaatlicht werden. Dabei geht es nicht um die Enteignung der Kleinanleger, es geht gerade auch

um die Sicherung von deren Einlagen. Alle Banken müssen in einem einheitlichen öffentlichen Bankensektor zusammengefasst werden. Wir meinen mit Verstaatlichung aber nicht das System der 70er Jahre. Die verstaatlichten Banken sollen nicht mehr in Konkurrenz gegeneinander arbeiten, sondern nach rationalen Gesichtspunkten dem Wohl der Gesellschaft dienen. Sie müssen sich an den Bedürfnissen der Allgemeinheit und nicht an kapitalistischer Profitlogik orientieren.

### **Keine Zwangsversteigerungen von Privatwohnungen, Einfamilienhäusern. Entschuldung von überschuldeten Haushalten nach Bedürftigkeit. Abschaffung aller Wucherzinsen, Kostenloses Privatonto für jedere/n.**

Wer sagt, dass er/sie die Schulden nicht bezahlen kann, muss seine Vermögensverhältnisse und Geschäftsbücher offenlegen. Also auch Unternehmen, die behaupten, sie stünden vor der Pleite. Keine Entlassungen von Bankbeschäftigten sondern Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Ausreichend Personal für die persönliche Betreuung und Bedienung von Kunden. Wenn es durch den Wegfall gesellschaftlich überflüssiger Arbeitsbereiche, insbesondere der ganzen Spekulationsgeschäfte, überzählige Arbeitskräfte gibt: Umschulung auf freiwilliger Basis.

### **Schluss mit den Zinszahlungen an MillionärInnen und MilliardärInnen - Für ein echtes öffentliches Investitionsprogramm**

Die Verstaatlichung aller Banken eröffnet dem Staat Möglichkeiten zu öffentlichen Investitionen im großen Stil. Wir meinen damit nicht das halbherzige Konjunkturpaket

das SPÖVP beschlossen haben, und das mit 1 Milliarde Euro über mehrere Jahre lächerlich klein ist gemessen an dem, was die Banken bekommen und gemessen an dem, was an Investitionen in Verkehr, Gesundheit, Bildung, Umwelt etc notwendig wäre.

Bund, Länder und Gemeinden zahlen jährlich Milliarden an Zinsen, den Löwenanteil an Banken und große Investoren. Sie haben sich in den letzten Jahrzehnten verschuldet, nicht weil – wie behauptet wird – die öffentliche Hand unwirtschaftlich sei, sondern weil immer weniger Geld für öffentliche Leistungen zur Verfügung stehen (um z.B. Steuererleichterungen für Unternehmen „gegen zu finanzieren“).

Diese Milliarden stehen nach der Überführung der Banken in Gemeineigentum der Gesellschaft für sinnvolle Investitionen zur Verfügung. Ein Rettungspaket, das dem Wohl der Allgemeinheit dient, würde nämlich den Stopp der Zinszahlungen an die Reichen beinhalten. Die freiwerdenden Gelder können genutzt werden, um Schulen und Universitäten zu sanieren und auszubauen, zusätzliche Lehrende einzustellen, öffentliche Gebäude energiesparend zu dämmen, Entwicklung und Ausbau erneuerbarer Energien zu fördern, mehr Geld und Personal für ein öffentliches Gesundheitswesen zur Verfügung stellen....

### **Kontrolle**

GegnerInnen einer Verstaatlichung wenden ein, dass auch staatlichen Banken Geld verspielen können. Wenn sie nach denselben kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaften und spekulieren wie die Privatbanken, stimmt das. Damit muss natürlich Schluss sein.

Der verstaatlichte Banken-

### **Rettung der Reichen**

*Die „Rettung“ der Constantia Privatbank AG: Der Staat übernimmt die Haftung für das Rettungspaket von 450 Millionen Euro. „Unser Hauptinteresse war, für die mehr als 250 Fonds, um die es hier geht, einen sicheren Hafen zu gewährleisten“, sagte Notenbank-Gouverneur Ewald Nowotny. Kleine SparerInnen legen ihr Geld nicht in Fonds und haben zur Constantia wahrscheinlich nicht einmal Zutritt. Die bisherige Besitzerin der Constantia, Christine de Castelbajac hat lange die Gewinne kassiert und ist eine steinreiche Frau – muss aber aus ihrem Privatvermögen nichts zur Rettung der Bank beitragen, sondern soll sogar ihr Vermögen von rund 400 Millionen Euro aus der Bank abgezogen haben..*



sektor soll dazu dienen, Gelder für Investitionen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen zu vergeben. Aufgabe der Banken wäre es auch, günstige Kredite für Hauskäufer und Kleinbetriebe bereitzustellen.

Es muss aber verhindert werden, dass die Leitung des staatlichen Bankensystems am Ende wieder nur eine Ansammlung von korrupten, überbezahlten ManagerInnen ist. Wer Leitungsfunktionen inne hat, hat Macht. Diese Macht muss kontrolliert werden. Erste Maßregel muss sein: Personen in Leitungsfunktionen dürfen nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn, bei den Banken also das Durchschnittsgehalt der nach Kollektivvertrag bezahlten Angestellten.

### Es muss auf allen Ebenen das Prinzip jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit gelten.

Wer sich nach seiner Wahl als für die Aufgabe ungeeignet erweist, bekommt keinen „goldenen Handschlag“ sondern wird abgewählt und bekommt einen normalen Arbeitsplatz in der Bank.

Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Bankengesellschaft durch Belegschaftskomitees und gewählte VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung. Für sie gelten natürlich die oben genannten Regeln.

Die Verstaatlichung aller Banken wäre ein großer Fortschritt, diese Maßnahme allein wird aber nicht reichen. Solange die eigentliche Macht im Staate noch in den Händen der KapitalbesitzerInnen liegt, solange die übrige Wirtschaft noch von kapitalistischen Konzernen und dem Profitprinzip bestimmt wird, solange ist die Krisenursache nicht beseitigt.

Oberflächlich betrachtet scheint die Krise an den Finanzmärkten die Ursache für die sich entwickelnde Krise der Wirtschaft zu sein. Derzeit überbieten sich WirtschaftspolitikerInnen und Wirtschafts„expertInnen“ in ihrem Lamento über die Gier der Banker. Gleichzeitig schweigen sie über die Gier in den Vorstandsetagen der In-

### Warum sollen wir für ihre Krise zahlen?

Die EigentümerInnen der Banken und Konzerne, die MillionärInnen und MilliardärInnen haben immer argumentiert, ihr Gewinn sei die Belohnung dafür, dass sie das Risiko tragen. Nun gut, sie haben riskante Geschäfte gemacht und dabei jahrelang gigantische Gewinne eingestekkt.

Jetzt steckt ihr System in der Krise, dann sollen sie jetzt auch zahlen. Es ist ihr System, dass gerade die Probleme verursacht. Also müssen sie auch mit ihrem Vermögen für die Folgen haften.

Wir fordern: Umstellung des Steuersystems auf ein einfaches System von direkten Steuern auf Einkommen, Gewinne und Vermögen bei starker Progression für höhere Einkommen. Weg mit allen unsozialen Konsumsteuern, v.a. der Mehrwertsteuer.

dustriekonzerne. Als ob deren Firmenpolitik nicht ebenfalls von der Gier nach stets wachsenden Profiten diktiert würde. Die Belegschaften wurden und werden erpresst und ausgepresst. Sinkende Reallöhne, längere Arbeitszeiten, größere Arbeitshetze, Standortverlagerungen, Entlassungen – das ist doch gängige Unternehmenspolitik. Es ist der kapitalistische Konkurrenzkampf, der sie dazu zwingt. Die Wirtschaft funktioniert vollkommen anarchisch. Jedes Unternehmen versucht Produktion und Profit zu steigern, jedes Unternehmen 'gier' also nach mehr Gewinn. Gewaltige Überkapazitäten werden aufgebaut die in der Krise zu Betriebsstilllegungen und Entlassungen führen.

*Karl Marx schreibt über die Ursache der Krisen im Kapitalismus: „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: dass das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; dass die*

*Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.“*

*„Das Kapital“, Bd. III, S. 251*

Weil das Kapital schon seit Jahren nicht mehr im ausreichenden Maße profitable Anlagemöglichkeiten in der realen Wirtschaft findet, ist man dazu übergegangen, es zum Bau eines gigantischen Kartenhauses zu verwenden, dass gerade einstürzt. Da der privaten Pensionsvorsorge gefolgt sind, sehen ihr Geld nun verschwinden.

Karl Marx hat erklärt, dass es eben in der Natur des Kapitalismus liegt, dass es zur Überakkumulation von Kapital kommt, also zur Anhäufung von überschüssigem Kapital. Die Eigentümer des Kapitals suchen verzweifelt nach Möglichkeiten, es wieder neu anzulegen und zu vermehren, den Profit weiter zu steigern. Das war ja gerade die Ursache für die Politik des Neoliberalismus, für Privatisierung, Liberalisierung, Lohndumping, Sozialabbau, für die Deregulierung, gerade auch im Bereich der Finanzmärkte und Banken.

Das hat wiederum Folgen für die reale Wirtschaft. Banken und Konzern sind eng miteinander verwoben. Banken sind an Konzernen beteiligt und umgekehrt. Auch große Unternehmen haben an den Finanzmärkten spekuliert. Eine Trennung in böse Finanzwirtschaft und gute Realwirtschaft gibt es in Wirklichkeit nicht, es gibt nur eine zusammenhängende kapitalistische Wirtschaft. Eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte würde daher auch nichts lösen und keine weiteren Krisen verhindern.

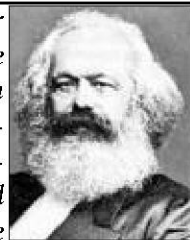
Jeder WirtschaftswissenschaftlerIn bekommt derzeit dieselbe Frage gestellt: Wie weit wird diese Krise noch gehen? Wie tief wird sie sein? Wie lange wird sie dauern? Und jeder muss zugeben: Wir wissen es nicht. Das zeigt doch nur: Die Menschen beherrschen dieses System nicht, die Gesetze des Kapitalismus wir-

ken blind, wie Karl Marx es ausgedrückt hat.

Man stelle sich vor, man steigt in einen Bus und um sich über das Fahrtziel nochmal zu vergewissern, fragt man den Fahrer: 'Wohin fährt der Bus' und der antwortet: 'Das weiß ich nicht, das weiß niemand. Und niemand weiß, ob er bremsen wird, wenn ich auf die Bremse trete, niemand weiß, ob er den nächsten Abgrund fährt oder kurz vorher zum stehen kommt.' Das ist die Situation des globalen Kapitalismus.

### Arbeitsplätze und Einkommen verteidigen

Die Krise in der Wirtschaft greift um sich und fordert täglich neue Opfer unter den Be-



schäftigten – Glanzstoff, Magna, Siemens, Telekom, Swarovski, Johnson&Johnson... sind erst der Anfang. Entlassungen, höherer Druck auf die Noch-Beschäftigten. Dagegen ist ein umfassender Kampf notwendig. Zur Vermeidung einer verheerenden Wirtschaftskrise ist nicht nur die Verstaatlichung aller Banken notwendig sondern auch die Verstaatlichung der Konzerne. Der Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, gegen niedrige Löhne und steigenden Druck auf Arbeitslose beginnt mit der Weigerung, sich den Sachzwängen des Kapitalismus zu beugen.

**Unsere Forderungen orientieren sich deshalb nicht daran, was uns Konzernchefs unter den Krisenbedingungen gerade noch zugestehen, sondern daran, was bei sinnvoller Planung der Wirtschaft sinnvoll und machbar wäre.**

## Klassenkampf, Gewerkschaften und eine neue linke Partei

Die dramatische Verschärfung der Krise des Kapitalismus stellt uns vor die Wahl: kämpfen oder für die Krise bezahlen. Kämpfen kann man aber nicht alleine sondern nur organisiert. Die arbeitende Bevölkerung, die Erwerbslosen und die Jugend brauchen kämpferische Gewerkschaften. Der Versuch der Gewerkschaftsführung, die Interessen von Unternehmern und Beschäftigten miteinander auszusöhnen war schon immer falsch und führte zu faulen Kompromissen. In der sich jetzt entwickelnden Krise käme die Fortsetzung dieser Politik einer vollständigen Kapitulation gleich. Deshalb setzen wir uns ein:

Für einen Kurswechsel der Gewerkschaften – für kämpferische und demokratische Gewerkschaften; um das zu erreichen, ist der Aufbau innergewerkschaftlicher Oppositionsgruppen nötig

Für jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von FunktionärInnen; kein E-Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen KV-lohn

Urabstimmungen in den Gewerkschaften über zentrale Verhandlungsergebnisse wie z.B. bei der aktuellen Herbstlohnrunde

Für internationale Gegenwehr: internationale Vernetzung von Betriebsräten. Durchführung konzernweiter und internationaler Proteste und Streiks gegen Entlassungen und Lohnverzicht

### Neue Partei

Wir brauchen eine Partei, die den politischen Kampf organisiert und einen Ausweg aufzeigt. Sie muss Menschen organisieren und mobilisieren. Solch eine Kraft ist nötig, um die Macht der Banken und Konzerne zu brechen, die hier aufgeführten Forderungen durchzusetzen und schlussendlich eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft

zu erreichen. Zum Aufbau einer solchen neuen Partei müssen Arbeitsplätze und Einkommen konsequent verteidigt werden. Bei den Nationalratswahlen hat es das Wahlbündnis LINKE gegeben. Dieses war ein – viel zu kleiner, aber erster – Schritt in Richtung des Aufbaus einer solchen neuen Partei. Die SLP ist Teil dieses Projektes und unterstützt jede Bewegung und Kampagne, die uns einer neuen Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche näher bringt. Die SPÖ ist jetzt längst keine ArbeiterInnenpartei mehr und wird in einer künftigen Regierung wieder Sozialabbau betreiben. Die Grünen sind heute eine normale etablierte Partei.

Vom Frust über die Krise können einzig die rechten und rechtsextremen Parteien und Gruppen profitieren. 30% für FPÖ & BZÖ sind eine deutliche Warnung. Doch die Rechten haben keine Lösungen für die Krise – ihre Antwort ist Rassismus. Um die Jobs und Einkommen gegen die Krise und die Angriffe der Regierung zu verteidigen, braucht es kämpferische Gewerkschaften, eine neue sozialistische ArbeiterInnenpartei und den gemeinsamen Kampf von In- und AusländerInnen.

### International

Die Ursache der Krise ist der Kapitalismus. Die Lösung heißt: Aufbau einer sozialistischen Demokratie weltweit. Wie das erreicht werden kann, steht im Schlusssatz des Kommunistischen Manifests: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Der Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Internationale der Arbeitenden und der Armen auf diesem Globus, diese alte Idee der ArbeiterInnenbewegung, ist aktueller, ist dringender denn je. Die SLP ist deshalb international organisiert im 'Komitee für eine Arbeiterinternationale' (CWI).

## Alternative: Demokratisch geplante Wirtschaft

Dass der Kapitalismus nicht funktioniert können selbst seine hartnäckigsten AnhängerInnen nicht mehr leugnen. Sie sagen nicht mehr: 'Kapitalismus ist gut' sondern nur noch 'Es gibt keine Alternative' und verweisen auf das Scheitern des Ostblocks.

Aber warum hat die Planwirtschaft in Sowjetunion und Osteuropa nicht funktioniert? Niemand wird bestreiten, dass es in diesen Ländern keine Demokratie gab. Das heißt aber, es war nicht möglich, Entscheidungen frei zu kritisieren, Fehler zu benennen und zu korrigieren. Auf solch einer Grundlage kann man natürlich keine hochkomplexe Wirtschaft mit Millionen Menschen organisieren und koordinieren. Das hat das Scheitern des Stalinismus bewiesen. Der Versuch aber, eine Wirtschaft demokratisch zu planen und zu organisieren, ist

bis heute noch nirgendwo unternommen worden.

Wer behauptet, dass Planung der Produktion an sich unmöglich sei, ignoriert, dass auch heute innerhalb von Unternehmen und Konzernen die Produktion geplant wird. Ja, jede größere Baustelle erfordert eine umfassende Planung der zeitlichen Abläufe, des Einsatzes von Menschen und Maschinen und Materialien.

### Geplante Wirtschaft

Eine gesamtgesellschaftliche Planung würde mit einer Bestandsaufnahme beginnen: Welche Aufgaben sind am dringendsten? In welchen Bereichen gibt es den meisten Bedarf? Wie viele Menschen mit welchen beruflichen Fähigkeiten haben wir? Welche Fabriken, Maschinen, etc. stehen zur Verfügung? Zentral würde

man insbesondere die grundsätzliche Richtung entscheiden. Zum Beispiel würde man es als oberste Priorität ansehen, die gesamte Energieversorgung auf erneuerbare Energie umzustellen.

In einer demokratischen Planwirtschaft würde jede Frage auf der Ebene entschieden, auf der es sinnvoll ist. Eigeninitiative, Engagement, selbständiges Denken würden nicht unterdrückt, sondern gefördert. Im Ostblock waren die Personen in Leitungsfunktionen grundsätzlich privilegiert. Schafft man die Privilegien ab, dann schafft man das entscheidende Motiv ab, an einem Posten zu kleben, Kritik abzutübeln und für Leitungsaufgaben talentiertere Menschen auszu-bremsen. In einer Atmosphäre freier Kritik können Fehler, die unvermeidlich sind, rasch korrigiert werden, statt sie stur zu wiederholen.

## Unsere Forderungen orientieren sich nicht daran, was uns Konzernchefs unter den Krisenbedingungen gerade noch zugestehen, sondern daran, was bei sinnvoller Planung der Wirtschaft sinnvoll und machbar wäre.

- Nein zu Arbeitsplatzvernichtung und Entlassungen – Kampf um jeden Arbeitsplatz und jeden Betrieb
- Betriebe, die Entlassungen bzw. Standortverlagerungen vornehmen wollen, müssen enteignet und in öffentliches Eigentum überführt werden.
- Umstellung der Produktion auf gesellschaftlich sinnvolle Produkte
- Einführung der 30-h-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle
- Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von 1110 Euro netto, das Recht auf einen Vollzeit-arbeitsplatz und die automatische Anpassung von Löhnen, Pensionen, Sozialleistungen an die Inflation.
- Arbeitslosengeld und Mindestpension in der Höhe des Mindestlohnes.
- Schluss mit den Schikanen gegen Arbeitslose. Unbefristeter Bezug von Arbeitslosengeld.
- Für eine öffentliche Pensionsversicherung – Nein zum 3-Säulen Modell.
- Nein zur Privatisierung – Rücküberführung privatisierter Betriebe in öffentliches Eigentum
- Für ein echtes umfangreiches öffentliches Investitionsprogramm zur Schaffung von neuen, sinnvollen Arbeitsplätzen in den Bereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit, öffentlicher Verkehr und Soziales
- Enteignung der großen Banken und Konzerne und Überführung in öffentliches Eigentum Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit.
- Demokratische Kontrolle und Verwaltung der öffentlichen Betriebe durch Belegschaftskomitees und gewählte VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung
- Statt Produktion für den Profit – Entwicklung einer demokratisch geplanten Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt; Leitung und Koordinierung durch dezentrale und zentrale Gremien
- Statt überbezahlter ManagerInnen und korrupter Bürokraten: durchschnittlicher Kollektivvertragslohn und jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit für alle Personen in Leitungsfunktionen in Wirtschaft, Verwaltung und Staat
- Nein zur EU der Banken und Konzerne – für vereinigte sozialistische Staaten von Europa
- Für die Überführung der 500 größten Banken und Konzerne, die die Weltwirtschaft beherrschen, in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung – für eine sozialistische Welt

## Mehr Programm!

Das Programm der Sozialistischen Linkspartei 40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!